

107551

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei
und des SD - Oslo

Handwritten notes:
T 104
27
III
Oslo, den 23. März 1943
Ich hat
1943

Tgb. Nr. 156/43g...

A.O.K. Norwegen (1c)	
Eing.: 2 APR 1943	
Nr.: 1953-43g/	
Anl.: 2x	

03

Geheim!

Handwritten:
UR
= O. Qu. ✓
HWNF ✓

Handwritten:
O. Qu./Zut. J. 7
7/21
7 APR 1943
G. 3. A. 1/4. 43.

Meldungen aus Norwegen

A.O.K. Norwegen	Bearb.
O. Qu. Qu. 1	<i>Handwritten:</i> Qu. 1
Eing.: 5 APR 1943	
Tgb. Nr.: 2620/43	
Anl.: <i>Handwritten:</i> 2x	

Nr. 53

Handwritten: AM/II a ✓

Handwritten: WA 20

Handwritten: Lenz

Handwritten: HWNF

HWNF beim	Bearb.
WB in Norwegen	<i>Handwritten:</i> 14
Eing.: 14 APR 1943	
Tiefb. Nr. 1213/43 g. <i>Handwritten:</i> 14	
Anlagen Y. Az.	

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüberprüft** übersandt wird.

Inhaltsübersicht.

A - Allgemeine Lage.

a) Stimmung.

Seite: 1 - 2

Stellungnahme der norwegischen Bevölkerung zur bolschewistischen Gefahr - Stellungnahme der norwegischen Bevölkerung zum Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz.

b) Innerpolitische Entwicklung.

Seite: 3 - 5

Erörterungen der illegalen Flugblattpresse zum Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz - Vorschlag des Kirchendepartements, einen Teil der Pfarrer der norwegischen Staatskirche zum Arbeitsdienst einzuziehen - Ausweitung des Konfliktes zwischen der Gruppe Minister Fuglesang - Minister Prytz und Minister Hagelin - Reichsökonomiechef Thronsen - Häufung deutschfeindlicher Äußerungen führender NS-Männer.

B - Gegner.

a) Allgemeine Widerstandsorganisation:

Seite: 6 - 7

Versuche der illegalen KPN in die bürgerlichen Widerstandsorganisationen einzudringen.

b) Kommunismus, Marxismus.

Seite: 8

Zerschlagung der Verteilerorganisation der illegalen marxistischen Flugblätter "Radio Nytt" und "Fri Fagbevegelse".

c) Kirche.

Seite: 9 - 11

Neue Beunruhigung auf kirchlichem Gebiet durch einen Versuch des Kirchendepartements etwa 75 Pfarrer, die in Pfarrstellungen sind, jedoch ihr Amt niedergelegt haben, zum Arbeitseinsatz zu erfassen - Prüfung der Steuererklärungen der Pfarrer durch das Finanzdepartements im Hinblick auf Zuwendungen, die Geistliche von freiwilliger und anonymer Seite erhalten - Botschaft der dänischen Bischöfe an den Leiter der "Vorläufigen Kirchenleitung" in Norwegen, Professor Halesby.

C - Lebensgebiete.

- a) Nasjonal Samling. Seite: 12 - 14
 Forderungen der NS die Parteiorganisationen zu bewaffnen - Einsatz von 260 Hirdmännern als Hilfspolizei im Grenzgebiet Kongsvinger - Elverum - Schwierigkeiten bei der Durchführung der Parteiverordnung, nach der NS-Angehörige von 18 - 55 Jahren hiddienstpflichtig sind - Demonstrationen gegen die Freimaurerei auf dem Hirdmarine-Schulschiff "Tordenskjold".
- b) Volksgesundheit: Seite: 15
 Verordnung über die Abgabepflicht der Ärzte.
- c) Kulturelle Gebiete:
Wissenschaft und Hochschule. Seite: 16 - 17
 Forderung des Kampforgans der Nasjonal Samling "Hirdmannen" für einen Einsatz der norwegischen Studentenschaft.
Theater. Seite: 18 - 19
 Boykott der Theater, die unter Leitung eines NS-Mitgliedes stehen.
- d) Verwaltung und Recht. Seite: 20
 Erörterungen über eine Zusammenlegung von Verwaltungsbezirken - Lage in der Juristenschenschaft.
- e) Wirtschaft.
Ernährungswirtschaft. Seite: 21 - 24
 Unzulänglichkeiten norwegischer Behörden bei der Erfassung und Verteilung landwirtschaftlicher Produkte
Arbeit und Sozialwesen. Seite: 25 - 29.
 Auswirkungen des Gesetzes über den nationalen Arbeitseinsatz - Parteiverordnung, nach der Parteifunktionäre und Vertrauensleute sowie Hirdmänner von der Meldepflicht entbunden werden.

A - Allgemeine Lage .

a) Stimmung.

Nach Berichten, die aus allen Teilen des Landes vorliegen, haben die neuerlichen deutschen Erfolge auf dem Südabschnitt der Ostfront - insbesondere die Rückeroberung Charkows - die seit Wochen vorherrschende Auffassung, daß Deutschland noch im Laufe dieses Jahres endgültig besiegt werde, stark beeinträchtigt. In bürgerlichen Kreisen läßt sich in diesem Zusammenhang eine gewisse Erleichterung feststellen, die zweifellos darauf zurückzuführen ist, daß die deutsche Propaganda gegen den Bolschewismus doch nicht ganz ihren Eindruck verfehlt hat. In dieser Verbindung wird in einem Osloer Bericht darauf hingewiesen, daß sich vor allen Dingen die Pressepropaganda - Zitate aus früheren Zeitungsartikeln gegen den Bolschewismus, Wiedergabe von Aussprüchen Churchills gegen den Kommunismus usw. - als durchaus wirksam erwiesen haben, während die Plakatpropaganda in der Mehrheit der Osloer Bevölkerung eher eine negative als positive Wirkung hinterlassen habe.

Daß die Gefahr des Bolschewismus für Europa doch in weiten Kreisen der Bevölkerung als eine Realität erkannt worden ist, läßt u.a. auch die besonders in Rogaland verbreitete Gerüchtbildung erkennen, wonach England und Amerika bisher keine Invasion auf europäischen Boden durchgeführt hätten, weil sie befürchteten, daß der dann eintretende deutsche militärische Zusammenbruch große Teile Europas dem Bolschewismus ausliefern würde.

Nachdem es sich gezeigt hat, daß Deutschland wider die allgemeine Erwartung der letzten Wochen dazu in der Lage war, den militärischen Vormarsch der Bolschewisten aufzuhalten, wenden sich die Hoffnungen auf eine möglichst baldige Beendigung des Krieges wiederum in stärkerem Masse England und Amerika zu. In diesem Zusammenhang werden große Hoffnungen auf die neuerliche englische Offensive in Tunis, auf einen inneren Zusammenbruch Italiens und auf die durch die dauernden englischen Luftangriffe verursachte Mis-stimmung in der deutschen Bevölkerung gesetzt.

Das Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz wird nunmehr fast allgemein - nachdem die erste Erregung verfliegen ist - etwas ruhiger beurteilt (Bergen, Oslo, Kristiansand). Trotz der anhaltenden Unsicherheit, insbesondere in solchen Kreisen, die befürchten, daß sie von der Arbeitsmobilisierung betroffen werden, melden sich neuerlich in zunehmendem Masse Stimmen, von denen eine bagatellisierende Auffassung über das Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz zum Ausdruck gebracht wird. So heißt es z.B. in einem Bericht aus Kristiansand, daß dort die Meinung verbreitet sei, daß das Gesetz lediglich eine Geste gegenüber Deutschland darstelle, deren ernsthaftige Durchführung nicht beabsichtigt sei. In Osloer Berichten wird hervorgehoben, daß sehr häufig die Auffassung vertreten würde, die NS-Regierung sei nicht dazu in der Lage, das Gesetz wirklich durchzuführen. In diesem Zusammenhang wird auf die angeblich erfolgreiche Sabotage mittels Abgabe von mehreren Meldeformularen, die mit falschen Angaben ausgefüllt sind, hingewiesen.

Diese bagatellisierende Auffassung von dem Gesetz über den nationalen Arbeitseinsatz kommt vielfach auch in Äußerungen in Arbeiterkreisen zum Ausdruck, die erklären, daß ihre Erwartung, daß nunmehr auch die besitzenden Bevölkerungsschichten allmählich von dem Ernst des Krieges ergriffen würden, offenbar doch nicht Aussicht auf Verwirklichung habe.

Wie ein Bericht aus Stavanger und einige Meldungen aus Oslo erkennen lassen, ist die Befürchtung, daß im Zuge des Gesetzes für den nationalen Arbeitseinsatz Norweger nach Deutschland und den besetzten Ostgebieten verbracht werden sollen, noch nicht ganz überwunden. Das Gleiche gilt für die Befürchtung, daß das Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz den Auftakt für eine militärische Mobilisierung Norwegens bilden werde. In diesem Zusammenhang wird nicht selten auf die Proklamation des Führers zum 23. Gründungstag der NSDAP hingewiesen, in der es u.a. heißt: "Wir werden auch keine Sekunde zögern, die für den Ausbruch dieses Krieges verantwortlichen Länder dazu auszunützen, an diesem Schicksalskampf teilzunehmen. Wir werden es als selbstverständlich ansehen, in dieser Zeit, die so schwere Opfer an unsere eigenen Leben fordert, keine fremden Leben zu schonen."

Die vom Londoner Rundfunk für den Fall der Einberufung ausgegebene Parole der Arbeitsverweigerung wird in weiten Bevölkerungskreisen als undurchführbar und "idiotisch" bezeichnet. Diese Tatsache läßt erneut erkennen, daß die Erklärung des Reichskommissars, daß er mit seiner ganzen Autorität hinter den Maßnahmen der Regierung stehe, ihre Wirkung nicht verfehlt hat.

b) Innerpolitische Entwicklung.

Im Mittelpunkt der innerpolitischen Diskussion steht weiterhin das Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz.

Die in weiten Bevölkerungskreisen vielfach feststellbare bagatellisierende Auffassung von dem Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz wird - soweit aus Osloer Berichten und Meldungen erkennbar ist - in gegnerischen Kreisen offenbar nicht gern gesehen. Die illegale Flugblattpresse ist vielmehr bemüht, die natürlicherweise bei der Durchführung des Gesetzes auftretenden Spannungen zu vertiefen und in einem gegnerischen Sinne politisch nutzbar zu machen. Vor allen Dingen scheint es der illegalen Flugblattpresse daran zu liegen, das Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz als ein innerpolitisches Instrument der Nasjonal Samling in Verdacht zu bringen. Bezeichnend in diesem Sinne ist ein vom 5.3. datiertes Flugblatt, in dem ein Schreiben des Kirchendepartements mit Datum vom 2. März ds. Js. an das Arbeitsdirektorat wiedergegeben ist, worin aufgrund des Gesetzes für den nationalen Arbeitseinsatz vorgeschlagen wird, daß ein Teil der Pfarrer der norwegischen Staatskirche zum Arbeitsdienst einbezogen werden. Das Flugblatt meint, daß von dieser Regelung etwa 200 z.Zt. tätige und 73 z.Zt. im Gefängnis befindliche Priester betroffen würden. Das erwähnte Schreiben des Kirchendepartements soll von Minister Skancke und Expeditionschef Feyling unterschrieben sein. In dem Flugblatt wird hervorgehoben, daß der Brief des Kirchendepartements an das Arbeitskontor zeige, daß mit dem Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz in erster Linie beabsichtigt sei, einen vernichtenden Schlag gegen alles, was "hjemmefront" (Heimatfront) heiße, zu führen. Das Flugblatt deutet ferner an, daß es im Falle der Durchführung des oben-erwähnten Schreibens zu einem Kampf zwischen Kirche und Staat kommen würde, aus dem das norwegische Volk in bezug auf seine Haltung zur Arbeitsmobilisierung vieles lernen können. "Die Signale der Kirche können nicht lange auf sich warten lassen; denn die Pläne, die im Arbeitsdirektorat zur Ausführung bereit liegen, sind der größte Versuch, der jemals zur Vernichtung der Kirche und des Christentums in Norwegen gemacht worden ist."

In der Nr. 6 des Flugblattes "Friheten" werden ins Einzelne gehende Anweisungen für die Verzögerung und Sabotierung der Arbeit in den Betrieben ausgegeben. In diesem Zusammenhang stellt das Flugblatt u.a. fest: "In der Front gegen den Nazismus macht sich kein Peer Gynt-Geist mehr geltend. Hier weiß nunmehr ein jeder, wo sein Platz ist, und hier tut jeder seine Pflicht. Hier prüft ein jeder die Machtmittel, die er gegen die Nazis aufzustellen hat und handelt danach."

Die Auffassung, daß die NS-Regierung nicht dazu in der Lage sein wird, das Gesetz für den nationalen Arbeitseinsatz zu verwirklichen, wird vielfach auch in politisch interessierten Kreisen zum Ausdruck gebracht, die dem Nationalsozialismus und Deutschland nahe stehen. Man erklärt, daß die Durchführung der Arbeitsmobilisierung endgültig beweisen werde, daß die NS nicht nur nicht das norwegische Volk gewinnen könne, sondern daß die NS darüber hinaus eine Belastung für Deutschland darstelle, die die Durchführung wichtiger Kriegsvorhaben in entscheidendem Masse beeinträchtige. Es werde sich zeigen, daß die NS nicht über diejenigen Menschen verfüge, die aufgrund ihrer Persönlichkeit Autorität genug hätten, um so schwerwiegende Maßnahmen durchzuführen. Die Schließung von Betrieben, die Verfügungen über den Einsatz von Arbeitskräften die revolutionierenden Eingriffe in das persönliche Leben des Einzelnen usw. machten, seien nur durchführbar, wenn diese Entscheidungen von Persönlichkeiten getroffen würden, die aufgrund ihrer charakterlichen Stärke und Sauberkeit sich durchzusetzen in der Lage seien. Über solche Männer verfüge die Partei aber in nur ganz geringem Umfange.

Nicht selten wird in dieser Verbindung die Vermutung ausgesprochen, daß die Durchführung des Gesetzes für den nationalen Arbeitseinsatz sozusagen die letzte Chance für das NS-Regime sei. Wenn ihm dieses Unternehmen nicht gelinge, so würden die Deutschen aus dieser Tatsache endlich die Konsequenz ziehen, daß die NS zur Führung des norwegischen Volkes nicht geeignet sei.

In diesem Zusammenhang weist man auf die anhaltenden kleinlichen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei hin, die sich in dem gegenwärtigen Konflikt zwischen der Gruppe Fuglesang-Prytz und Hagelin-Thronsen erneut zugespitzt hätten.

Daß diese Vorgänge in zunehmender Masse auch außerhalb der Partei bekannt werden, ist umso weniger verwunderlich, als zahlreiche NS-Leute sich an der Gerüchtbildung über den weiteren Verlauf des erwähnten Konfliktes beteiligen. So heißt es z.Zt., daß das zur Prüfung der gegen Thronsen erhobenen Vorwürfe eingesetzte Komitee Fuglesang-Riisnaes-Norvik einen Brief an Ministerpräsident Quisling gerichtet habe, in dem es heißt, daß der Vorwurf der Korruption gegen Thronsen berechtigt sei, und daß keine Möglichkeit bestehe, Thronsen zu schonen. Weiter wird erzählt, daß Thronsen nunmehr zunächst als Gauleiter von Oslo abgesetzt werden soll. Als Nachfolger werden genannt der derzeitige Leiter der Fachlichen Landesorganisation, Odd Fossum, und der derzeitige Gauleiter in Drontheim, Rogstad. Vielfach wird auch der Auffassung Ausdruck gegeben, daß im Zusammenhang mit der Thronsen-Affäre endgültig auch die Abberufung Hagelins vorgesehen sei.

Teilweise wird davon gesprochen, daß die Durchführung dieser Veränderungen in der Partei- und Regierungsführung lediglich davon abhängen, ob die dagegen von deutscher Seite erhobenen Bedenken überwunden werden können. Diese Äußerungen sind nicht selten mit einer auffälligen deutschfeindlichen Spitze versehen.

In diesem Zusammenhang kann darauf hingewiesen werden, daß neuerlich wieder eine gewisse Häufung deutschfeindlicher Äußerungen führender NS-Männer festzustellen ist. So erzählt man sich in Parteikreisen mit deutlicher Genugtuung von der unnachgiebigen Haltung, die der Innenriksrat Dahl gegenüber den Deutschen einzunehmen pflege. Man erzählt sich von ihm, daß er es wage, deutsche Anordnungen zurückzuweisen. Als verbürgt kann folgende Äußerung Dahls gelten: "Schickt mal ruhig die Deutschen zu mir - an mich wagen sie sich nämlich nicht heran."

Äußerungen mit einer deutschfeindlichen Tendenz werden immer wieder aus dem Arbeitsbereich des Ministers Fuglesang berichtet. So erklärte kürzlich der stellvertretende Reichspropagandaleiter der Nasjonal Samling, Klevenberg, in Zusammenhang mit der Behandlung der norwegischen Ausgabe des Buches "Stimme der Ahnen": "Und wenn dieses Buch von Führer Adolf Hitler selbst geschrieben sein sollte, es wird doch beschlagnahmt."

2. Medlemmer av den norske 53. 27/3 49
- 6 -

B . . G e g n e r .

a) Allgemeine Widerstandsorganisation.

Die Vernehmung des führenden Kommunisten Ragnar N o r d l i , der bei der bereits gemeldeten Aushebung der Militärorganisation Oslo-Ost festgenommen wurde, hat gute Aufschlüsse darüber gegeben, in welcher Weise die kommunistische Partei in die bürgerlichen geheimen Widerstandsorganisationen einzudringen versucht. Nordli, ehemaliger Sekretär der Nansenhilfe, gehörte seit dem Jahre 1932 der kommunistischen Partei Norwegens an. Er war Leiter der kommunistischen "Roten Hilfe" in Norwegen. Er war auch 9 Monate lang zur Ausbildung in Moskau gewesen, um dort in die internationale Arbeit und Aufgaben der Roten Hilfe eingewiesen zu werden. Seine illegale Tätigkeit begann nach Auflösung der kommunistischen Partei. Er übernahm die Aufgabe, in die bürgerlichen Widerstandsorganisationen einzudringen und diese durch Besetzung wichtiger Schlüsselstellungen mit kommunistischen Vertrauenspersonen zu durchsetzen mit dem Ziel, die Führung der Organisationen der KPN zuzuspielen. Es gelang ihm, in Oslo-Ost einige ohne zentrale Leitung bestehende illegale Gruppen zu sammeln und sie einer einheitlichen Führung zu unterstellen. Diese Gruppen stellte er der zentralen Widerstandsorganisation zur Verfügung. Durch das Vertrauen, das er aus diesem Anlaß gewann, gelang es ihm, in der zentralen Widerstandsorganisation selbst grösseren Einfluß zu gewinnen. Es gelang ihm, eine Reihe von Vertrauenspersonen als einfache- und Hauptkuriere und Anlaufstellen in die Organisation einzubauen. Seine Verbindungen erstreckten sich über den ihm zunächst zugewiesenen Wirkungsbereich Oslo-Ost auch nach Drammen, Skien und anderen Orten Norwegens. Nach seiner Festnahme wurde der grössere Teil der von ihm eingebauten kommunistischen Vertrauenspersonen festgestellt und in Haft genommen. Ihre Vernehmungen und die Ermittlungen gegen die übrigen bisher festgenommenen Führer der Militärorganisation Oslo-Ost haben ergeben, daß ungefähr 1000 Personen in diesem Bezirk von der Widerstandsorganisation erfaßt waren. Die Namen der Einzelmitglieder werden zur Zeit festgestellt.

Bei den Ermittlungen gegen die zentrale Militärorganisation in Oslo, die sich in der letzten Zeit insbesondere auf die Fachgruppe Funker erstreckte, gelang es, einen besonders wichtigen Nachrichtenraum festzustellen und das darin befindliche Material zu sichern. Der Raum befand sich im Kellergeschoß eines Gebäudes in Oslo, das im übrigen als Pension für NS-Mitglieder diente. Die Verwalterin der Pension wußte selbst nichts über die Bedeutung dieses Raumes. Der im Auftrage der Nor.I.C. den Raum benutzende Funker befand sich zur Zeit in England zur Einweisung in neue Aufträge. In dem Raum wurden ganz besonders wertvolle, bisher unbekannte Kurzwellen-Empfangsgeräte neuester Bauart, daneben auch ältere gute Kurzwellenempfangsgeräte, ein wertvolles Sendegerät und grössere Mengen von Batterien und Radio-Einzelteilen, Leitungsdrähten usw. sichergestellt.

b) Kommunismus - Marxismus.

Die Ermittlungen gegen die Verteiler der illegalen marxistischen Flugblätter "Radio Nytt" und "Fri Fagbevegelse" hatten weiter Erfolg. In Oslo und Umgebung wurden wiederum 22 Personen festgenommen, die im Auftrage der illegalen kommunistischen Partei die genannten Flugblätter verteilten. Unter ihnen befanden sich 2 Großverteiler, die wöchentlich 1000 - 1500 Exemplare der illegalen Flugblätter umsetzten. Die Flugblätter wurden von Hand zu Hand weitergegeben. - Die weiteren Ermittlungen gegen den als Nachfolger des erschossenen Organisationsleiters der illegalen KPN bereits genannten Kommunisten Eugen Wik führten zur Feststellung einer von Wik eine zeitlang benutzten illegalen Wohnung, in der umfangreiche kommunistische Schriften und Büchermaterial lagerte. In dieser Wohnung lief auch ein Angehöriger der illegalen kommunistischen Bezirksleitung Drammen an, der dort Propagandanaterial für in Drammen eingerichtete kommunistische Studienzirkel abholen wollte. Der Festgenommene war im Besitz größerer Mengen gültiger Lebensmittelkarten. Die Feststellung, daß gerade die illegal lebenden Kommunisten besonders gut mit Lebensmittelkarten versorgt sind, wurde bei den Ermittlungen der letzten Monate besonders oft getroffen. Die Ermittlungen nach den Lieferanten dieser Lebensmittelkarten führten in der letzten Zeit zur Festnahme mehrerer Bevollmächtigter des Versorgungsamtes in Oslo, Sollun bei Larvik und zuletzt in Bergen. Es wurde dabei festgestellt, daß mit der Verteilung der Lebensmittelkarten neben- oder hauptamtlich Beauftragte in der Lage waren, von dem ihnen übergebenen Kontingent an Lebensmittelkarten einen Teil für illegal lebende kommunistische Funktionäre abzuzweigen. Die Versorgung mit Lebensmittelkarten ist nur eine Teilaufgabe der von der illegalen kommunistischen Partei sehr großzügig organisierten Fürsorge für verborgen lebende kommunistische Funktionäre. Es wurde auch festgestellt, daß die Landesleitung der KPN eine eigene Organisation für diese Betreuung aufgestellt hat, die z.B. auch verborgen lebenden kommunistischen Funktionären wöchentliche Unterstützungsbeträge in Höhe von Kr. 45.- bis 50.- auszahlt und die Kinder verborgen lebender, flüchtiger oder festgenommener Kommunisten betreut.

c) Kirche.

Nachdem in den letzten Wochen eine gewisse Beruhigung auf kirchlichem Gebiet zu verzeichnen war, scheint sich die Lage neuerdings wieder zuzuspitzen. Anlaß hierzu gibt in erster Linie der vom Kirchendepartement geplante Arbeitseinsatz von Geistlichen, theologischen Kandidaten und Sektenpredigern. Das Kirchendepartement stellte eine Liste mit den Namen derjenigen Pfarrer auf, die für einen Arbeitseinsatz in Frage kommen, da sie entweder beschäftigungslos oder verabschiedet sind. Ferner wurden für den Arbeitseinsatz etwa 75 Pfarrer namhaft gemacht, die in Pfarrstellungen sind, jedoch ihr Amt niedergelegt haben. Es ist durch diese Maßnahme beabsichtigt, die mißliebigen und "unbehaglichen" Pfarrer einer nutzbringenden Tätigkeit zuzuführen.

Das Schreiben des Kirchendepartementes ist bereits in kirchlichen Kreisen und auch bei der "Vorläufigen Kirchenleitung" bekannt geworden. Es wird hier der Standpunkt vertreten, daß gegen einen Einsatz der stellungslosen Pfarrer keine Bedenken beständen. In der Abkommandierung verabschiedeter Pfarrer wird jedoch ein neuer Konfliktstoff gesehen. Es treffe zwar zu, daß eine Reihe der angegebenen Pfarrer ihre Ämter niedergelegt hätten. Aber damit wären diese noch lange nicht arbeitslos geworden, denn sie führten ja nach wie vor - ohne kirchliche Beante zu sein - Amtshandlungen aus, so weit diese von einem nichtbeamteten Pfarrer nach norwegischen Gesetz ausgeführt werden dürften. In vielen Gemeinden lägen die Verhältnisse so, daß der verabschiedete Geistliche die Begräbnisse, Konfirmationen, Gottesdienste und Taufen wie früher durchführe, und wenn diese Pfarrer aus den betreffenden Gemeinden herausgenommen würden, bedeute dies, daß praktisch verschiedene Propsteien und Gemeinden vollständig ohne seelsorgerische Betreuung wären. Telemark z.B. würde dann fast vollkommen ohne Pfarrer sein. Diese Maßnahme werde zur Folge haben, daß sich in den betreffenden Gemeinden eine nie dagewesene Unruhe und Aufregung einstellen werde, und daß es zu Explosionen kommen könne, zumal ja kein Ersatz für die ausscheidenden Geistlichen vorhanden sei.

Auch eine weitere staatliche Maßnahme scheint zu einer neuen Beunruhigung der kirchlichen Lage zu führen. Das Finanzdepartement beabsichtigt, die Steuererklärungen der Pfarrer einer näheren Prüfung zu unterziehen. Die "Vorläufige Kirchenleitung" hat an ihre Pfarrer die Weisung herausgegeben, auf den Steuererklärungen nicht anzugeben, welche Zuwendungen die Geistlichen von freiwilliger und anonymer Seite bekämen. Lediglich die Einnahmen bei der Vornahme kirchlicher Dienste, z.B. bei Beerdigungen, Kindtaufen usw. sollen angegeben werden. Wie Professor H a l l e s b y , der Leiter der "Vorläufigen Kirchenleitung" gesprächsweise äußerte, werde kein Pfarrer angeben, woher er seine Gaben an Geld oder Naturalien bekomme und wie hoch diese Einnahmen seien. Wenn das Finanz- oder Kirchendepartement dazu übergehen werde, derartige Einsammlungen zu beschlagnahmen oder zu verbieten, dann werde damit der gesamte Unterhalt der Pfarrer in Frage gestellt, was naturgemäß zu einer erheblichen Erregung führen werde. Diese Erregung werde nicht nur die Pfarrerschaft selbst erfassen, sondern vor allen die Spender. Man dürfe nicht vergessen, daß der größte Teil der norwegischen Pfarrer von Staat kein Gehalt entgegennähme und nur von freiwilligen Unterstützungen lebe. Da man als Mindesteinkommen jährlich Kr. 5000.- ansetzen müsse, so zeige diese enorme Summe, welch Zusammenhalt und Opferwille unter den meist einfachen Spendern herrsche. Die Pfarrer selbst wüßten oft nicht, woher das Geld komme. Aber die Spender selbst seien in allen Volksschichten zu finden. Auch ein etwaiges Gesetz der Art, daß alle Einsammlungen nur mit Genehmigung des Gemeinderates durchgeführt werden dürfen, würde das Kirchenvolk in starke Unruhe versetzen.

Es trifft zu, daß in den letzten Tagen vom Kirchendepartement aus ein Gesetzesentwurf zur Einziehung nicht von den Gemeinderäten genehmigter Sammlungen ausgearbeitet wurde. Das Kirchendepartement hat vorgeschlagen, die ohne Genehmigung eingesammelten Gelder einzuziehen und wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken zukommen zu lassen.

- 11 -

Die dänischen Bischöfe haben an den Leiter der "Vorläufigen Kirchenleitung" in Norwegen, Professor H a l l e s b y , ein Grußwort gerichtet, das von Bischof Dr. Fuglsang Dangaard aus Kopenhagen unterzeichnet wurde. Die Botschaft hat folgenden Wortlaut:

"Dänemarks Bischöfe, zur Bischofskonferenz in Bischofssitz Kopenhagen versammelt, senden ihre herzlichsten Grüsse mit Gebet zu Gott um seine Gnade und seinen Segen über Norwegens Kirche und Volk.

Wir tun dies mit dem Worte des Apostels Paulus an die Gemeinde in Philippi: "Denn Euch ist es vergönnt, um Christi willen nicht allein an ihn zu glauben, sondern auch um seinetwillen zu leiden." Phil.1,29.

Die Geschichte der Kirche zeigt uns immer wieder, daß Gott etwas Großes mit der Kirche vorhat, die durch Prüfungen geht. Wir glauben daran und vereinen uns in Gebet um eine reich gesegnete Zukunft für unsere liebe norwegische Schwesterkirche.

Der Apostel des Herrn ermahnt uns, einer des anderen Last zu tragen und so das Gesetz Christi zu erfüllen. In Gehorsam gegen dieses Wort tragen wir die Kirche Norwegens auf betenden Händen, und was wir in unseren Gemeinden vermögen, wird getan werden, um ihr zu helfen. Sie ist in unseren Herzen und Gedanken wie niemals zuvor, und sie wird von uns mit der starken Macht der Liebe und der Fürbitte umfaßt.

Unseres Herrn Jesu Christi Gnade und die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des heiligen Geistes sei mit Euch allen."

C. - Lebensgebiete.a) Nasjonal Samling.

Die stimmungsmässige Entwicklung innerhalb der NS, die mehr und mehr zu einer gewissen Nervosität führte, hielt auch in der Berichtszeit an. Aus dem südlichen Teil des Landes wird gemeldet, daß in NS-Kreisen immer stärker die Forderung nach Bewaffnung erhoben werde, um sich bei einer befürchteten Invasion gegen die Widerstandsgruppen wehren zu können. Man nehme an, daß die Gegner nach bereits jetzt festgelegten Plänen mit Waffen versorgt würden und hält es daher für notwendig, daß die NS-Mitglieder raschmöglichst im Gebrauch der Waffen ausgebildet werden.

Im Hird - in besonderen aber in den Osloer Süd- sowie ostnordwestischen Hirdabteilungen - wird lebhaft über die Vorgänge diskutiert, die sich anlässlich des Einsatzes von 260 Hirdmännern als Hilfspolizei im Grenzgebiet Kongsvinger - Elverum ereigneten.

Diese Hirdmänner wurden seitens der norwegischen Polizei ohne Zustimmung der zuständigen deutschen Dienststelle bewaffnet.

Wenige Tage vor ihrer Entlassung wurde den Hirdmännern ein Entwaffnungsbefehl bekannt, unter dessen Eindruck die Männer ihre dann erfolgende Entlassung als einen Versuch deuteten, die Durchführung der Entwaffnung zu umgehen. Diese Vorgänge werden in Hirdkreisen als schmachvoll empfunden. Der Hirdführer von Austviken erklärte, daß seine Männer den Entwaffnungsbefehl als "außerordentlich verletzend" ansähen und daß darüberhinaus "das Prestige des Hird empfindliche Einbuße erlitten habe".

In einem anderen Bericht aus Fredrikstad heißt es, daß die Stimmung im Hird, hervorgerufen durch den Entwaffnungsbefehl, außerordentlich schlecht sei und in einzelnen Fällen deutschfeindliche Tendenzen günstigen Boden fänden. In diesen Hirdkreisen wird darauf hingewiesen, daß die Behandlung nicht nur als "beschämend" empfunden werde, sondern auch eine innerpolitische Bedeutung insofern habe, als man dem Gegner mit der Entlassung, die sehr schnell bekannt geworden sei, vor

- 13 -

Augen geführt habe, daß selbst von oben her der Hird als zum Waffentragen nicht qualifiziert betrachtet werde. Nach dem Bekanntwerden der Entwaffnungsanweisung sei in der gegnerischen Bevölkerung Freude und Genugtuung geäußert worden.

Die von Quisling angeordnete Hirdpflicht aller männlichen NS-Angehörigen von 18 - 55 Jahren stößt dort, wo sie durchgeführt werden soll, sehr häufig auf Ablehnung. Die unter die Verordnung fallenden NS-Mitglieder tragen sich zum Teil mit dem Gedanken, aus der Partei auszuschneiden, falls die örtliche Hirdführung auf Teilnahme am Hirddienst besteht. Die Gründe für eine solche Haltung sind einerseits in einer politischen fragwürdigen Einstellung derartiger NS-Mitglieder zu suchen, andererseits aber auf die mangelnde Aktivität eines großen Teils der Parteimitglieder zurückzuführen, die die persönliche Bequemlichkeit der Teilnahme am Hirddienst vorziehen. Die Hirdführung dagegen verlangt immer stärker die aktive Dienstteilnahme jener Mitglieder, die bisher in der NS kein Amt bekleiden und lediglich um persönlicher Vorteile willen der Partei beigetreten sind.

Am 12. März 1943 kam es auf dem Schulschiff "Tordenskjold" der Hirdmarine, das z.Zt. in Drontheim liegt, zu Demonstrationen gegen die Freimaurer. Auf der "Tordenskjold" wird ein Schulungskursus der Hirdmarine durchgeführt. Bei einem Rundgespräch am Abend des 12.3.43 wurde u.a. ein bei dem Kursus gehaltener Vortrag von Niko Solberg kritisiert. Hierbei machte der Lagfører Kaarsberg dem Distriktschef der Hirdmarine in Oslo, Teyler van der Hulst (z.Zt. als Lagfører auf der Tordenskjold) Vorwürfe und behauptete, daß Teyler an allen Dingen Kritik übe. Teyler widersprach und erklärte unter Zustimmung der Anwesenden, daß er bisher nichts kritisiert habe. Kaarsberg entgegnete jedoch, daß er ihn schon kenne und ihn sicher einmal "zu fassen kriege". Hierauf meinte Teyler, daß dies wohl möglich sei, da er (Kaarsberg) ja die Freimaurer hinter sich habe. Kaarsberg stritt eine Verbindung zur Freimaurerei ab, woraufhin Teyler nähere Angaben über Kaarsbergs Zugehörigkeit zur Odd-Fellow-Loge

machte. Hierauf zog Kaarsberg den gleichfalls auf dem Schiff weilenden Hirdmarinechef Berthel Brun zu, der Teyler zum sofortigen Verlassen des Schiffes aufforderte. Außerdem ersuchte Brun die norwegische Staatspolizei in Drontheim, Teyler festzunehmen und ihn unverzüglich zur Vernehmung nach Oslo zu überstellen. Die Staatspolizei sah die Vorkommnisse nicht als ausreichenden Grund zu einer Festnahme an und ließ Teyler nach kurzer Vernehmung wieder frei. Inzwischen ist Teyler jedoch auf Weisung des Hirdchefs Möystad am 19.3.1943 in Oslo verhaftet worden. Da sich ein Teil der Mannschaft mit Teyler solidarisch erklärt hat und es nach Teylers Verlassen des Schiffes zu weiteren freimaurerfeindlichen Demonstrationen gekommen ist, sieht die Hirdmarineleitung das ganze Vorkommnis als eine von Teyler angezettelte Meuterei an. Dabei wird von der Hirdmarineführung die Behauptung aufgestellt, Teyler sei nicht völlig normal und habe sich vor einigen Jahren zur Beobachtung in einer Nervenheilanstalt befunden. Teyler und seine Anhänger behaupten dagegen ihrerseits ein Bruder und eine Schwester Bruns befänden sich in einer Irrenanstalt und Berthel Brun selbst sei ebenfalls bereits zur Beobachtung dort gewesen.

Aus Bergen wird von der Interessenlosigkeit eines Großteiles der NS-Mitglieder berichtet. Nachdem den Gegnern bekannt geworden sei, daß einzelne NS-Mitglieder in ihrer Haltung schwankend geworden sind, versucht man von gegnerischer Seite die Partei zu zersetzen.

→ *hier ist das "gewählte" G-*
Hoffe. —

b) Volksgesundheit.

Nach hier vorliegenden Berichten wird der Verordnung über die Abgabepflicht der Ärzte vonseiten der Ärzteschaft wenig Verständnis entgegengebracht. Es wird verschiedentlich von Ärzten, die positiv zur Neuordnung eingestellt sind, betont, daß alle Bestrebungen zwecks Neuausrichtung des norwegischen Ärzteverbandes während der Kriegszeit und den augenblicklichen politischen Verhältnissen im Lande wenig Erfolg versprechen. Ein großer Teil der Ärzte lehnt die Bezahlung der jährlichen Abgabe von 100.- Kronen ab. Diese Ärzte bringen als Begründung die Ansicht, daß sie bisher ihre Tätigkeit als Arzt zum Wohle der Mitmenschen frei und ungehindert hätten durchführen können. Der Fylkesarzt von Voss gibt an, daß er in Verlaufe seiner 44-jährigen Tätigkeit niemals zu einer Zwangsabgabe aufgefordert worden sei. Er finde daher die jetzige Abgabe auch nicht gerechtfertigt.

Bergener Ärzte äußern sich zu der Verordnung dahingehend, daß sie unklar gehalten wäre, da u.a. nicht daraus hervorgehe, ob alle Ärzte hierdurch betroffen würden, die die licentia praticandi haben und noch nicht 65 Jahre alt sind oder es nur die Ärzte angehe, die eine öffentliche Praxis ausübten. Ob mit dieser Verordnung auch die Zahnärzte gemeint seien, sei ebenfalls nicht ersichtlich. Als sehr eigenartig wird der Umstand empfunden, daß die Abgabe an den Ärzteverband zu richten ist und nicht an den Staat, da ja ungefähr 80% der Ärzteschaft ihren Austritt aus den Verband erklärt habe.

Von jungen Ärzten, die oftmals große Studienschulden haben und von Ärzten, die nur ein geringes Gehalt beziehen, wird diese Abgabe als zu hoch empfunden, weil sie außerdem bei der Pensionskasse für sich und ihre Familie 900.- Kronen pro Jahr bezahlen müßten.

Bezeichnend für die Art, wie die Verordnung vonseiten der Bergenser Ärzteschaft aufgefaßt wurde ist die Feststellung, daß die Tatsache angenehm empfunden wurde, daß die Verordnung keinerlei Bestimmungen enthält, welche eine Bestrafung der Ärzte vorsehen, die die Bezahlung verweigern.

c) Kulturelle Gebiete.Wissenschaft und Hochschule.

An der Universität Oslo herrscht in Zusammenhang mit der Aktion der Protestschreiben gegen den Norsk Studentersamband fortgesetzt eine erhebliche Spannung. Vonseiten eines sehr großen Teils der älteren Semester werden weiterhin starke Befürchtungen hinsichtlich einer möglichen Schließung der Universität gehegt. Eingehende Ermittlungen über die Einstellung der gewöhnlich Studierenden an der Universität Oslo zu den betreffenden Vorgängen haben ergeben, daß sehr verbreitet das Gefühl vorhanden ist, man werde z.Zt. mit einer studentischen Opposition nicht viel Federlesens machen. Vor allem wird in diesem Zusammenhang eine politische Anwendung der Verpflichtung zum nationalen Arbeitseinsatz befürchtet. Diese Auffassung hat eine besondere Bestärkung dadurch erfahren, daß das Kampforgang der Nasjonal Samling "Hirðnannen" in seiner letzten Nummer (von 13.3.1943) einen Leitartikel brachte, in dem u.a. folgendes geschrieben wurde:

"Unsere Kameraden, die bereits von ihrem Frontdienst zurück sind, melden sich von neuem zum Einsatz. Unter ihnen befinden sich auch Studenten, - Hirðmänner, die bereits 2 Jahre hindurch ihre Studien haben fahren lassen, um für Norwegen zu kämpfen. Wieder erreicht sie der Ruf zu einem neuen Einsatz und so ziehen sie hinaus. Wie lange? - Das wissen sie nicht.

Der große Rest der norwegischen Studenten aber wendet sich in Ruhe und Behagen von neuem seinen Studien zu. Man flüstert sich etwas zu, daß sie vielleicht in Sommer so nett sein müßten, für einige Monate während der Ferien - wenn die Universität zu ist - auf Landarbeit zu ziehen. Danach sollen sie jedoch zurückkommen dürfen, um in Ruhe und Frieden ihre Studien fortsetzen zu können, so daß sie fertig sind, um irgendwelche Ämter zu bekleiden - unter Umständen viel früher als unsere Kameraden von der Front zurückkommen, um ihre Studien überhaupt wieder aufzunehmen. Nein, so ist der totale Arbeitseinsatz nicht gemeint.

95% der studierenden Jugend Europas liegt heute an der Front und da sollten die Studenten in Norwegen sich bloß dazu herablassen in ihren Sommerferien ein wenig Unkraut aus den Rübenäckern zu jäten und Kartoffeln anzuhäufeln?

Unsere studierenden Kameraden sind willens, wieder hinauszuziehen und der Rest der Studenten sollte sein Studium wie in tiefstem Frieden fortsetzen können? Nein! Wir fordern, daß ein jeder Student seinen Einsatz macht."

Diese unnißverständliche Sprache des "Hirdmannen" wendet sich nicht zuletzt gegen die Ausführungen, die Kontorchef Kraner vom "Norsk Studentersanband" vor einer einberufenen studentischen Versammlung in der Aula der Universität machte. Diese bekundete geschlossen ihr Einverständnis, als ihr von dieser Seite angeboten wurde, daß der nationale Arbeitseinsatz evtl. mit Hilfe des "Norsk Studentersanband" so durchgeführt werden solle, daß er den Studiengang des Einzelnen möglichst wenig berühre. Das mit diesen "Entgegenkommen" angestrebte innerpolitische Ziel - die Anerkennung des "Norsk Studentersanband" durch die allgemeine Studentenschaft der Universität - kann nach der Auslösung der Protestaktion (vgl. "Meldungen aus Norwegen Nr. 52) nur als gescheitert betrachtet werden.

An der Technischen Hochschule in Drontheim gelang es einer verbreiteten illegalen Tätigkeit auf die Spur zu kommen, an der außer Studenten nachweislich auch 2 Professoren teilgenommen haben. In Zusammenhang mit den laufenden Ermittlungen kam es zu einer großen Zahl von Festnahmen. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Aufgrund des vorliegenden Berichtsmaterials sind z.Zt. rund 160 norwegische Studenten an deutschen Hochschulen und Universitäten immatrikuliert. Die meisten von ihnen studieren Maschinenbau und Hochbau. Die Verteilung auf die einzelnen deutschen Hochschulstädte sieht wie folgt aus:

Berlin	28,	München	23,	Dresden	19,
Darmstadt	12,	Hannover	10,	Wien	9,
Posen	7,	Freiburg	6,	Göttingen	5,
Clausthal	4,	Greifswald	3,	Rostock	3,
Hamburg	1.				

T h e a t e r .

An 15.3.1943 haben die 5 Osloer Theater (National Theater, Nye Theater, Central Theater, Carl Johan Theater und Edderkoppen Theater), die seit dem November vorigen Jahres wegen der Brennstoffknappheit ihre Räume schliessen und in provisorischer Zusammenarbeit sich in der Benutzung anderer Theater teilen mußten, ihren Betrieb wieder in den eigenen Gebäuden aufnehmen können. Dies wurde dadurch möglich, daß die betreffenden Theater nun doch noch eine gewisse Zuweisung an Brennstoff erhalten konnten.

Indessen sind in den Theaterkreisen nach der Bekanntgabe des Gesetzes zum allgemeinen Arbeitseinsatz vom 22.2.1943 nun Befürchtungen hinsichtlich einer erneuten Unterbrechung des Theaterbetriebes entstanden. Nach Meinung des Theaterdirektors und anderer für den Arbeitseinsatz zuständiger Behörden ist jedoch mit einer wesentlichen Einschränkung der festen Theaterbetriebe nicht zu rechnen.

Der Besuch der festen Theater zeigt nach wie vor das bekannte Erscheinungsbild, d.h. einerseits überfüllte Theater, andererseits durch einen systematischen Boykott fast leer gehaltene Theaterbetriebe, die unter der Leitung eines NS-Mitgliedes stehen. Zuerst setzte bekanntlich der Boykott beim Osloer National Theater ein wegen der Verhaftung der 3 Vorstandsmitglieder und wegen der Einsetzung eines NS-Mitgliedes (Gustav B e r g - J ä g e r) als Theaterchef. Später wiederholte sich das gleiche Bild beim Norske Theater in Oslo nach der Flucht des früheren Theaterchefs Knut H e r g e l und der Einsetzung von Cally M o n r a d (NS-Mitglied) als Nachfolgerin. Im dritten Fall, beim Trøndelag Theater in Drontheim, setzte der Theaterboykott nach der Erschiessung des Theaterchefs G l e d i t s c h und der neuen Besetzung des Theaterleiterpostens durch ein NS-Mitglied (Johan B a r c l a y - N i t t e r) mit der gleichen Konsequenz und Heftigkeit, wie in den beiden ersten Fällen, ein. Im allgemeinen finden sich nur 20 - 50 Personen als Zuschauer ein. Lediglich bei den Premieren ist der Besuch etwas stärker. Bei den Besuchern handelt es sich aber auch fast aus-

- 19 -

schließlich um NS-Mitglieder, die mehr oder weniger freiwillig ins Theater gehen. Zur Hebung des Besuches wurden Anfang Februar an die NS-Mitglieder des Drontheimer Gebietes Umläufe versandt, in denen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß sie in Kreiskontor der NS gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches Eintrittskarten zum Preis von 1,25 Kronen erhalten könnten. Auch diese verbilligte Kartenausgabe hat aber nicht zu einer wesentlichen Steigerung der Besucherzahl beitragen können.

Ebenso wie in Drontheim ist auch in Oslo die NS bisher nicht in der Lage gewesen, einen planvollen Besuch der von den gegnerischen Kreisen boykottierten Theater zu organisieren.

d) Verwaltung und Recht.Verwaltung.

Die Erörterungen über eine Zusammenlegung von Verwaltungsbezirken haben in den letzten Wochen sowohl in NS-Kreisen als auch in Verwaltungsfachkreisen einen breiteren Raum eingenommen. Das gilt vor allem auch von den Plänen für eine Eingemeindung von Aker, der größten norwegischen Landgemeinde, nach Oslo. Der Fylkesmann Kvadsheim beabsichtigt in dem Fylke Møre und Romsdal verschiedene Lensmänner-Distrikte zusammenzulegen, weil nicht genügend geeignete und politisch einwandfreie Lensmänner zur Verfügung stehen. Diejenigen Lensmänner, die der Neuordnung verständnislos oder ablehnend gegenüberstehen oder gar im Falle einer Invasion eine Gefahr bedeuten, sollen durch eine solche Maßnahme ausgeschaltet werden. Weiterhin plant K. eine Zusammenlegung von wirtschaftlich schwachen Kommunen und solchen mit niedriger Einwohnerzahl zu stärkeren und grösseren Gemeinden, um dadurch eine Vereinfachung der Verwaltung zu erreichen. Der Fylkesmann hofft, beide Planungen bis zum Mai zum Abschluß zu bringen.

Recht:

Die Lage innerhalb der Juristenschaft ist ruhig. Es laufen Gerüchte um, daß der weitere Ausbau des Anwaltsverbandes bevorstehe. In Anwaltskreisen glaubt man vielfach, daß eine solche Maßnahme zu neuen Schwierigkeiten führen werde. Im Hinblick auf die innerpolitische Lage sind jedoch die Pläne über den Ausbau des Anwaltsverbandes sowie über eine grössere Reform des Rechtslebens (Strafrecht, Arbeitsrecht) von der Regierung zurückgestellt worden. Das Justizdepartement erwägt, ein Gesetz zu erlassen, wonach jeder Anwalt eine jährliche Lizenzgebühr von 100.- Kronen zahlen soll. Es ist beabsichtigt, mit Hilfe der dann eingehenden Geldmittel, vor allem die Zeitschrift "Norsk Retstidende" zu verbessern und sie im Sinne der Neuordnung auszurichten. Vom Innendepartement werden jedoch aufgrund der Schwierigkeiten, die sich anlässlich der Bestimmungen über die Lizenzgebühr der Ärzte ergeben haben, gegen das geplante Gesetz Bedenken erhoben.

Ernährungswirtschaft.

Der ständige Mangel an Lebensmitteln hat zur Folge, dass sich die Bevölkerung im ganzen Lande immer wieder mit der Frage beschäftigt, wer hierfür verantwortlich zu machen ist. In erster Linie wird die Schuld den Deutschen gegeben, die angeblich die besten und weitaus meisten Erzeugnisse des Landes für sich beanspruchen. Dies wird als eine feststehende Tatsache hingestellt, welche durch die monatlichen Statistiken der Ernährungsämter noch erhärtet würde. So wird z.B. die Fleischverteilung in Bergen angeführt. In der Zeit vom 18.1.43 bis 27.2.43 seien insgesamt 177 484,3 kg Frischfleisch nach Bergen geliefert worden. Hiervon hätten die Geschäfte zur Verteilung an die Verbraucher 17 250 kg erhalten, also nicht ganz 10 %, zusätzlich 22 586 kg Pferde- und Rind-Gefrierfleisch aus dem städtischen Kühlager. Diese Menge habe zu nicht viel mehr als zur Versorgung der Schwerarbeiter gereicht. Von dem übrigen Frischfleisch habe die Wehrmacht 136 839,8 kg bekommen, während der Rest an die Nordag, die Krankenhäuser, Handelsschiffe, Gaststätten usw. gegangen sei.

O. B.
Z. J.

Hiermit dem ...

Sodann gibt man die Schuld für die mangelhafte Ernährungslage den Bauern. Man erklärt, die Zugeständnisse und mannigfaltigen Hilfeleistungen, die dem Bauernstand von der Regierung gewährt worden seien, müssten einer kritischen Prüfung unterzogen werden, weil der Zweck - nämlich die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion - nicht immer erreicht sei. Es liege keineswegs im Interesse der Allgemeinheit, dass ein Stand auch weiterhin begünstigt würde, wenn der Erfolg dem Aufwand nicht entspräche. Es sei daher angebracht, die von den Bauern im Interesse der Gesamternährung geforderten erhöhten Leistungen nicht mehr durch Vergünstigungen herbeizuführen, sondern zunächst dafür zu sorgen, dass die Nahrungserzeugnisse auch der Allgemeinheit zugute kommen. Es stehe fest, dass die Bauern einen bedeutenden Teil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zurückhielten. Die Versorgung der Bevölkerung der Städte mit Lebensmitteln entspreche keineswegs der erzielten Produktion.

X Das im Versorgungsraum Bergen aufzubringende Fleischkontingent beträgt je Monat 90 to für die Wehrmacht. Aufgebracht würden im Februar u. Februar 43 je 179,4 to. TP

Bedeutende Mengen würden dem regulären Umsatz entzogen und kämen durch den Schwarzhandel zu teilweise fantastischen Überpreisen nur einem bestimmten Teil der Bevölkerung zugute. Ein Beweis hierfür sei, dass man auf dem Lande für teures Geld sowohl Fleisch als auch Butter, Eier, Käse und dergleichen ohne Rationierungskarten bekommen könne.

Als dritte Ursache sei der Umstand anzusehen, dass die Verteilung gewisser lebenswichtiger Produkte einigen rein privaten Konzernen oder Zentralen überlassen würde, die dadurch eine Monopolstellung erhalten hätten. Dies sei der Grund für manche unhaltbaren Zustände, wie z.B. bei der Milchverteilung. So habe die "Vestlandske Mjølkecentral" das Monopol für die Belieferung Westnorwegens mit Milch. Die Verteilung der Milch z.B. in Bergen würde von der "Bergens-Meieri" vorgenommen, die der "Vestlandsken Mjølkecentral" angeschlossen sei. Monatelang sei die Zuteilung von Magermilch völlig unzureichend gewesen. Erwachsene hätten im besten Falle nur einen Bruchteil der ihnen zustehenden Wochenrationen erhalten. In der Woche vom 15. - 20.2.43 habe die Zufuhr an entrahmter Milch 36 800 l und in der Woche vom 22. - 27.2.43 = 51 450 l betragen. Trotz der gesteigerten Zufuhr hätten aber die Verbraucher in der Woche vom 22. - 27.2.43 nur eine Zuteilung in Höhe von 2/10 l gegenüber 3 Zuteilungen von je 2/10 l in der Woche vom 15. - 20.2.43 erhalten.

Die "Vestlandske Mjølkecentral" verteilte ebenfalls die Butter ganz nach eigenem Gutdünken und Ermessen an die einzelnen Bereiche. Die von der "Bergens Meieri" hergestellte Butter würde in Gegenden geliefert, wo Butter produziert würde, während die Stadt-Bevölkerung nur unregelmässige Zuteilungen erhalte. Selbst auf die Schwerarbeiterkarten sei zurzeit weder Butter noch Margarine zu bekommen. Viele Versorgungsberechtigte besäßen unverbrauchte Marken bis zu 4 Monaten, die sie nicht einlösen könnten.

Nicht zuletzt aber behauptet man, dass es rein organisatorische Fehler seien, die den Mangel an Nahrungsmitteln hervorgerufen hätten.

Hierüber berichtet ein norwegischer Verwaltungsbeamter folgendes: "Was hilft es, dass die Kommune ein städtisches Versorgungsamt mit Aufwand von bedeutenden Mitteln aus der Kommunekasse und einen Rationierungsapparat unterhält, wenn die entsprechenden Einrichtungen in den Landbezirken oder kleineren Städten über alles hinwegsehen und nicht nur die Befolgung der Regierungsvorschriften vernachlässigen, sondern diese sogar vielfach mit Überzeugung und ganz systematisch sabotieren? Dies geschieht aus zwei Gründen. Der erste ist rein politischer Natur. Man glaubt, "patriotisch" zu handeln, wenn man sich nicht besonders für die Zufuhr von Lebensmitteln und sonstigen Produkten in die Städte anstrengt. Auf dem Lande lautet die allgemeine Parole, man müsse nicht mehr als unzugänglich zur Stadt schicken, denn dort gehe es an die Deutschen. Ein Wandel in dieser Meinung kann nur durch Aufklärung und durch Darlegung des wahren Sachverhalts erreicht werden.

Der zweite Grund liegt im eigenen Bestreben, soviel wie möglich für sich selbst zu behalten und für später aufzubewahren, den vorhandenen Überfluss aber entweder durch Tausch oder zu Überpreisen unter der Hand an Verwandte, Bekannte oder Gleichgesinnte zu verhandeln. Nur die schärfste Kontrolle der Produktion und des Verbleibs der Ware kann hier zum Ziel führen. Die Kontrolle ist bisher nur lückenhaft und oberflächlich durchgeführt worden. Zudem wird sie nicht vom Staat ausgeübt, der nur einen Teil der Preiskontrolle und der rationierungspolizeilichen Funktionen übernommen hat, sondern ist den kommunalen Behörden überlassen, die alle hiermit verbundenen Unkosten selbst zu tragen haben. Die kleineren Kommunen scheuen sich vor grösseren Ausgaben und halten daher nur unzureichendes und unqualifiziertes Personal, welches die Rationierung sehr oberflächlich und unwillig handhabt. Wegen der Entlegenheit der einzelnen Höfe und der grossen Abstände zwischen den Siedlungen in den Landgemeinden ist eine wirkungsvolle Durchführung der bestehenden Rationierungsvorschriften gänzlich illusorisch, so lange der Staat nicht eine radikale Änderung der Kontrolle durchführt. Ohne Zwangsmittel und ohne einen für das ganze Land gleichartig organisierten staatlichen Kontrollapparat stehen alle Erlasse nur auf

- 24 -

dem Papier und wirken sich zum Nachteil für diejenigen aus, die sie gewissenhaft zu befolgen bestrebt sind, während die Mehrheit auf Kosten der loyalen Minderheit ungerechte Vorteile einheimst.- Bei der Durchführung des Gesetzes über den allgemeinen Arbeits-einsatz sollten die notwendigen Arbeitskräfte auch für diesen Zweck mobil gemacht werden."

Arbeit und Sozialwesen.

Nationaler Arbeitseinsatz.

Im Mittelpunkt des Interesses sämtlicher Bevölkerungskreise steht weiterhin das Gesetz über den nationalen Arbeitseinsatz, welches besonders in der Geschäftswelt grösste Aufregung hervorgerufen hat, da die meisten Geschäftsleute die Schliessung ihrer Geschäfte befürchten. Aus Stavanger wird hierzu berichtet, dass die Geschäftsinhaber vor allen Dingen befürchten, dass sie bei Schliessung ihrer Geschäfte zu einem Arbeitseinsatz kommen würden, der mit ungewohnter körperlicher Arbeit verbunden ist. Einem Bericht aus Kristiansand zufolge wird in Geschäftskreisen zurzeit nur die eine Frage diskutiert: "Wird mein Betrieb geschlossen oder nicht?" Besonders von Entrepreneur-Firmen wird befürchtet, dass eine erneute Überprüfung zu zahlreichen Schliessungen vor allen Dingen solcher Unternehmungen führt, die in den letzten 2 Jahren gegründet wurden. Diese Firmen seien bemüht, grössere Arbeitsaufträge von der Wehrmacht zu erhalten, um so der Schliessung zu entgehen.

In den verschiedensten Bevölkerungskreisen wird sehr oft der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass die Massnahmen nach einem wohl durchdachten Plan von erfahrenen und zuverlässigen Personen durchgeführt werden, ohne dass erst - wie es bisher häufig der Fall gewesen sei - umständliche Experimente notwendig wären, die bei der Bevölkerung das Gefühl der Unsicherheit und Rechtlosigkeit aufkommen liessen. NS- und deutschfreundliche Kreise befürchten, dass bei der Mehrzahl der in den zuständigen Departements und örtlichen Behörden sitzenden gegnerisch eingestellten Beamten die restlose Durchführung des nationalen Arbeitseinsatzes nicht gewährleistet sei. Diese Befürchtung sei dadurch vertieft worden, dass die Anordnungen des Handelsdepartements betr. Schliessung von Gaststätten erkennen liessen, dass in keiner Weise die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt wurden. So wurde beispielsweise in Drontheim das Hotel "Müller" aufgefordert, die Bar zu schliessen, obwohl es nie eine Bar geöffnet hatte. Das Hotel "Britannia" musste den Palmengarten schliessen, welcher ein

2

ausgesprochener Speisesaal gewesen sei, in dem täglich 200 Mittagessen ausgegeben wurden. Dagegen brauchte das dem gleichen Hotel angeschlossene Cafe nicht geschlossen werden. Ähnlich verhalte es sich mit einem Teil der übrigen geschlossenen Gaststätten. Sowohl von der Bevölkerung als auch von den Hotelbesitzern wird kritisiert, dass das Handelsdepartement bei der Schliessung dieser ausgesprochenen Speisegaststätten bei vollkommener Unkenntnis der Sachlage den tatsächlichen Bedürfnissen der norwegischen und auch deutschen Verbraucher in keiner Weise Rechnung getragen habe. Weder der Hotelverband in Oslo noch dessen Vertretung in Drontheim seien hierüber befragt worden. Im übrigen sei der Zweck der Schliessung dieser Gaststätten, die Freimachung von Arbeitskräften für den nationalen Arbeitseinsatz, nur bedingt erreicht worden. Die durch die Schliessung frei gewordenen Arbeitskräfte hätten bisher noch keine andere Arbeit zugewiesen erhalten. Als ein Beweis dafür, wie wenig die norwegischen Behörden und Parteidienststellen den Gedanken des totalen Kriegseinsatzes verstanden haben, wird aus Drontheim mitgeteilt, dass beispielsweise das Hotel "Phönix" die Erlaubnis erhalten habe, die Musiker, die bis dahin im Speisesaal des Hotels spielten, weiterhin im Cafe spielen zu lassen. Die Hotelbesitzer hätten auch die Erlaubnis erhalten, weiterhin Privatgesellschaften durchzuführen. Die Bevölkerung fände es unverständlich, dass einerseits dringend benötigte Speisesäle, die in keiner Weise als Luxusgaststätten bezeichnet werden können, geschlossen und andererseits derartige Genehmigungen erteilt wurden. Ähnlich wie in Drontheim wird auch in Oslo von einem Grossteil der Bevölkerung die Schliessung des "Speilen" im Grandhotel, des Bristol-Speisesaales und der Bar im Continental als unverständlich bezeichnet. Es gebe in Oslo nunmehr kaum ein anständiges Lokal, wo ein Norweger hingehen könnte. Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass die Bestimmung des Handelsdepartements vom 1.3.43, wonach Bars, Vergnügungsnachtlokale und Luxusgaststätten geschlossen werden, von weiten Kreisen der norwegischen Bevölkerung ungünstig aufgenommen wurde, da jeder Norweger weiss, dass es in Norwegen weder Vergnügungslokale

noch ausgesprochene Barbetriebe gibt. Aus dieser Bestimmung sei klar ersichtlich, dass die Verordnungen und Gesetze über den nationalen Arbeitseinsatz Kopien der entsprechenden deutschen Gesetze und Verordnungen seien.

Übereinstimmend wird von den Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD berichtet, dass überall die Tendenz bestehe, sich nach Möglichkeit vor dem Arbeitseinsatz zu drücken und die Parole verbreitet werde: "Melde Dich nicht und Du wirst nicht einberufen!" Vor allem hoffen diejenigen bei der Registrierung der Meldepflichtigen übersehen zu werden, die bisher in Stellungen tätig waren, die beim Arbeitsamt nicht registriert sind. Diese hoffen, dass sie nicht erfasst würden, wenn sie sich nicht melden, andererseits glauben sie, dass es ihnen auch nicht schwer fallen würde, mit Hilfe ärztlicher Atteste ihre Arbeitsunfähigkeit nachzuweisen. Es wird weiterhin darauf aufmerksam gemacht, dass die Schiffsreeder und Schiffsmakler sich als Seeleute betrachten würden und somit nicht meldepflichtig seien. Verschiedentlich konnte beobachtet werden, dass Viele sich dadurch der Meldepflicht zu entziehen versuchen, dass sie zu einem guten Bekannten aufs Land fahren und sich als Landarbeiter ausgeben.

Die NS hat in 2 Parteiverordnungen die Meldepflicht ihrer Mitglieder geregelt. In der ersten Verordnung wird bestimmt, dass von der Meldepflicht sämtliche politischen Führer und die übrigen Vertrauensleute der Partei von der Meldepflicht befreit sind. Ausserdem sind solche NS-Mitglieder von der Meldepflicht ausgenommen, die nachweisen können, dass sie Hirddienst leisten. Die zweite Verordnung besagt, dass alle männlichen NS-Mitglieder im Alter von 18 bis 55 Jahren hirdpflichtig sind. Aufgrund dieser Verordnungen sind sämtliche männlichen NS-Mitglieder von der Meldepflicht befreit. Minister Lippestad und andere führende NS-Mitglieder halten diese Regelung für sehr unklug. Die NS-Mitglieder müssten auch bei der Durchführung des nationalen Arbeitseinsatzes mit bestem Beispiel vorangehen. Zu mindest hätten sich die NS-Mitglieder auf den Arbeitsämtern melden sollen, da die Meldepflicht noch keine Ausschreibung zum nationalen Arbeitseinsatz bedeute. In mehreren hundert Zirkularschreiben sei den Par-

teifunktionären von den vorstehend erwähnten Verordnungen Mitteilung gemacht worden und es sei anzunehmen, dass diese recht bald in gegnerisch eingestellten Kreisen bekannt wurden, was sich propagandistisch und stimmungsmässig gerade nicht sehr gut auswirken dürfte. Gewerkschaftsfunktionäre erklärten, dass durch diese Verordnungen eine Agitation der NS-Mitglieder für den nationalen Arbeitseinsatz lächerlich wirken würde. Man könne die Menschen nicht auffordern, der Meldepflicht nachzukommen und den nationalen Arbeitseinsatz zu unterstützen, wenn man sich selbst nicht gemeldet habe.

In Oslo sind bisher ungefähr 60 000 Personen ihrer Meldepflicht nachgekommen, von denen bis zum 19.3.43 25 000 registriert worden sind, d.h., dass diese Meldungen auf ihre Richtigkeit überprüft und in die Kartei aufgenommen wurden. In der Gemeinde Aker sind bisher 25 000 Meldeformulare eingegangen, von denen 22 000 registriert worden sind. Trotz der gegnerischen Propaganda, der Meldepflicht nicht nachzukommen bzw. die Meldeformulare mit falschen Personalangaben auszufüllen, kann die Zahl der bisher festgestellten falschen Meldungen als sehr klein bezeichnet werden. In Oslo wurden bis zum 19.3. ungefähr 3 000 falsche Meldungen erfasst und in der Gemeinde Aker sogar nur 170. Wenn auch bisher noch keine zahlenmässigen Angaben von anderen norwegischen Arbeitsämtern vorliegen, so scheint doch nach Mitteilung des Direktorates für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Zahl der gefälschten Meldeformulare bedeutend geringer zu sein, als befürchtet wurde. Es ist anzunehmen, dass dies zum Teil auf eine Pressenotiz vom 13.3.43 zurückzuführen ist, die folgenden Wortlaut hatte:

"Kontrolle betr. Meldungen für den nationalen Arbeitseinsatz.
Wie bereits bekannt, erhalten alle diejenigen, die ihre Meldungen auf dem Arbeitsamt gemäss der Verordnung über den nationalen Arbeitseinsatz abgegeben haben von dem Arbeitsamt eine schriftliche Bestätigung, dass sie ihrer Meldepflicht nachgekommen sind. Diese Bescheinigungen sollen bei Kontrollen als Grundlage dafür dienen, dass die Meldepflicht befolgt worden ist. Auf der Registrierungskarte wird bereits darauf hingewiesen, dass die Be-

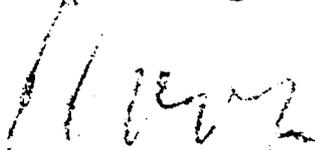
- 28 -

scheinigung aufbewahrt werden muss und auf Verlangen bei Kontrolle vorzulegen ist. Die Bescheinigungen müssen genauso wie die Legitimationskarten mitgeführt werden. Das Departement macht nochmals darauf aufmerksam, dieser Bescheinigung besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die vorgesehenen Kontrollen werden voraussichtlich bei der Verteilung der neuen Rationierungskarten vorgenommen, indem die Meldepflichtigen auf den Versorgungsämtern bei Entgegennahme der Rationierungskarten die Bescheinigung vorzeigen müssen."

Die norwegische Staatspolizei beabsichtigt, in Oslo in nächster Zeit, namentlich in Gaststätten, Razzien durchzuführen, bei denen die Gäste dahingehend überprüft werden sollen, ob sie ihrer Meldepflicht genügt haben.

Der norwegische Handwerkerverband ist deutscherseits aufgefordert worden, je 300 Schneider und Schuhmacher namhaft zu machen, die in Drontheim und Nordnorwegen bei Wehrmachtdienststellen eingesetzt werden sollen. Die Innungsmeister des Schneider- und Schuhmacherhandwerks haben bereits Listen über die für den Einsatz vorgesehenen 300 Schneider bzw. Schuhmacher aufgestellt und der Leiter des norwegischen Handwerkerverbandes, Gundersen, hat erklärt, dass diese sofort zum Einsatz verpflichtet werden können.

In Vertretung:



SS-Obersturmbannführer.